



Bernhard Emunds

Stellungnahme zu Martin Rhonheimer „Welche Wirtschaft tötet?“ und „Vom Wandel der katholischen Soziallehre“, FAZ vom 17. Mai 2016

Martin Rhonheimer hat eine Philippika gegen die Sozialverkündigung der Päpste verfasst. Viele seiner Einschätzungen und Wertungen fordern zum Widerspruch heraus. Ich beschränke mich auf zwei Kritikpunkte.

Für Rhonheimers Ausführungen ist erstens ein chiliastisch anmutender Dualismus kennzeichnend: Kapitalismus, freie Märkte und Wettbewerb sind in jeder Hinsicht gut, sie sorgen für steigenden Wohlstand aller. Staatliche Interventionen in die Wirtschaft, höhere als nur minimale Steuern und Sozialpolitik sind immer schlecht, sie führen zwangsläufig zum wirtschaftlichen Zusammenbruch. Natürlich unterbietet dieses Schwarz-Weiß-Schema den Erkenntnisstand wirtschaftswissenschaftlicher Erforschung; mit wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen in Vergangenheit und Gegenwart hat es fast nichts zu tun. Zwar wurde Massenelend bisher fast nie ohne eine dynamische kapitalistische Wirtschaft überwunden. Aber zu Wohlstandszuwächsen breiter Schichten kam es in Westeuropa erst, als die Gewerkschaften Einfluss gewannen und die Nationalstaaten sozialpolitisch aktiver wurden. Zugleich sind China, Indien und Brasilien, deren wirtschaftlichen Erfolge sich in den Globalstatistiken der Armut aktuell so erfreulich positiv niederschlagen, nicht gerade Musterländer der freien Marktwirtschaft. Bei der Armutsbekämpfung und der Ausbreitung von Wohlstand auf breite Bevölkerungskreise erfolgreich waren und sind offenbar einige Formen des regulierten Kapitalismus, nicht aber der von Rhonheimer propagierte entfesselte Kapitalismus.

Sein atemberaubend einfaches marktradikales Weltbild verbaut Rhonheimer den Zugang zu etwa 90 Prozent der Texte des Römi-

schen Lehramtes zu wirtschaftlichen Fragen. So ist zweitens seine Wahrnehmung der gesamten päpstlichen Sozialverkündigung extrem einseitig. Er spricht von einer guten „älteren Tradition der katholischen Soziallehre“ bis zu „Rerum Novarum“ (1881), die er als „staatskritische und freiheitsliebende Lehre“ charakterisiert. Dabei übergeht er exakt die zentrale wirkungsgeschichtliche Bedeutung von „Rerum Novarum“: Mit ihr ringt sich Leo XIII. zu der bis dahin heftig umstrittenen Position durch, dass die soziale Frage nicht allein durch kirchliche Sittenlehre und Caritas gelöst werden könne, sondern auch den Einsatz des Staates (Arbeitsschutz, Begrenzung der Arbeitszeit, Mitwirkung bei der Durchsetzung gerechter Löhne) erfordere.

Die „neuere katholische Soziallehre“ beginnt für Rhonheimer mit der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ (1931) und dem tatsächlich recht starken Einfluss der deutschen Je-suiten Nell-Breuning und Gundlach auf die päpstliche Sozialverkündigung, der dann bis 1958 anhielt. Seit dieser Zeit setze die Soziallehre allein auf Umverteilung, deren Mittel durch hohe Steuern zu beschaffen seien, was er in Anspielung auf den amtierenden Papst als „peronistische Logik“ brandmarkt. Statt zu würdigen, wie Reiche mit ihren Investitionen für Wohlstand sorgten, würden sie von der „neueren“ Soziallehre nur zum Teilen verpflichtet. Was der Autor verschweigt, sind die Passagen, in denen die römischen Autoren Unternehmer und Vermögensbesitzer zu verantwortlichen Investitionen anhalten. Quadragesimo Anno z.B., für Rhonheimer gewissermaßen der Sündenfall der katholischen Soziallehre, wirbt dafür, große Einkünfte vor allem „zur Schaffung von Arbeits- und Verdienst-Gelegenheit im großen Stil“ (QA 51) zu verwenden. Eine Ausnahme bei seinem Verdikt über die „neuere katholische Soziallehre“ macht Rhonheimer nur für Johannes Paul II., von dem er eine sozialstaatskritische Passage zustimmend zitiert. Dabei unterschlägt er auch bei den Woityla-Texten den Gesamtduktus, der ihm natürlich nicht in den Kram passt: die harsche Kritik des polnischen Papstes am entfesselten Kapitalismus (wie an der Zentralverwaltungswirtschaft) in Laborem Exercens (1981) und sein Drängen in Centesimus Annus (1991), der Markt müsse „von den sozialen Kräften und vom Staat in angemessener Weise kontrolliert werden“ (CA 35).

Von einer Verteufelung fairer Märkte ist die päpstliche Sozialverkündigung weit entfernt, aber sie verweist auf die sozialen und – zuletzt vermehrt auch – die ökologischen Missstände des realexistierenden Kapitalismus. Abgesehen von ethischen Forderungen an Unternehmer, Vermögensbesitzer und Konsumenten setzt sie seit 125 Jahren vor allem darauf, dass der Kapitalismus von Verbänden und zivilgesellschaftlichen Assoziationen gestaltet sowie von nationalstaatlichen Regierungen sozial und ökologisch reguliert wird. Was der Ethik-Professor der römischen Opus Dei-Universität in der FAZ präsentiert hat, ist keine interne Kritik an neueren Entwicklungen katholisch-sozialen Denkens, sondern ein wirtschaftsliberaler Frontalangriff, der das Differenzierungsniveau heutiger Ökonomie leider nicht erreicht.